



Bewerbungsbedingungen für Vergabeverfahren

Inhaltsverzeichnis

1	Kommunikation im Vergabeverfahren / Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen	2
2	Einschlägige Rechtsvorschriften	2
2.1	Nationale Vergabeverfahren.....	2
2.2	EU-weite Vergabeverfahren.....	2
3	Angebot	2
3.1	Form	2
3.1.1	elektronische Einreichung des Angebotes.....	2
3.1.2	Einreichung des Angebotes in Papierform.....	3
3.2	Fristen.....	3
3.3	Angebotsinhalt.....	3
3.3.1	Preisangaben	3
3.3.2	Skonto	4
3.3.3	Muster, Proben, Teststellungen.....	4
3.3.4	Allgemeine Geschäftsbedingungen.....	4
4	Nebenangebote / mehrere Hauptangebote	4
5	Bietergemeinschaften	4
6	Unterauftragnehmer.....	5
7	Eignungsnachweise	5
8	Wettbewerbsbeschränkende Absprachen	5
9	Mitteilungen und Bekanntmachungen über die Zuschlags-/Auftragserteilung	5
9.1	Nationale Vergabeverfahren.....	5
9.1.1	Information gemäß § 8 SächsVergabeG	5
9.1.2	Information gemäß § 19 Abs. 1 VOL/A.....	6
9.1.3	Information nach § 19 Abs. 2 VOL/A.....	6
9.2	EU-weite Vergabeverfahren.....	6
9.2.1	Vorinformation über die Zuschlagserteilung (§ 134 GWB).....	6
9.2.2	Nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote (§ 62 VgV).....	6
9.2.3	Bekanntmachung über die vergebenen Aufträge (§ 39 VgV)	6
10	Kosten der Angebotserstellung.....	6
11	Hinweise zum Datenschutz	6
12	Nachprüfstelle.....	7
12.1	Nationale Vergabeverfahren.....	7
12.2	EU-weite Vergabeverfahren	7

Die Bewerbungsbedingungen enthalten Hinweise für die Erstellung und Abgabe von Angeboten.¹

¹ Diese Bewerbungsbedingungen gelten analog auch für Teilnahmeanträge und Interessenbestätigungen.
Bewerbungsbedingungen UL – Stand 09/2024

1 Kommunikation im Vergabeverfahren / Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Für die Kommunikation im Vergabeverfahren wird ausschließlich die Vergabeplattform DTVP (Deutsches Vergabeportal, www.dtv.de) genutzt. Die Kommunikation erfolgt je Vergabeverfahren im jeweiligen Projektraum.

Die Zustellung rechtserheblicher Erklärungen im jeweiligen Vergabeverfahren erfolgt ebenfalls über die Kommunikation im jeweiligen Projekt in DTVP.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten oder offensichtliche Fehler, so hat der Bieter unverzüglich, vor Abgabe des Angebotes, den Auftraggeber in Textform, ausreichend genau, darauf hinzuweisen. Diese Anfragen sind über DTVP einzureichen. Die Versendung der Bieterinformationen erfolgt ebenfalls über DTVP.

2 Einschlägige Rechtsvorschriften

Auf das Vergabeverfahren finden im Wesentlichen folgende Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

2.1 Nationale Vergabeverfahren

- Das Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge im Freistaat Sachsen (Sächsisches Vergabegesetz - SächsVergabeG).
- Die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) Teil A und Teil B.
- Preisrecht VO PR 30/53. Auf den Vertragspreis findet die Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21.11.1953 Anwendung.

2.2 EU-weite Vergabeverfahren

- Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
- Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV)
- Preisrecht VO PR 30/53. Auf den Vertragspreis findet die Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21.11.1953 Anwendung.

3 Angebot

3.1 Form

Für das Angebot sind die vom Auftraggeber übersandten Vordrucke zu verwenden.

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Die Verwendung von anderssprachiger Fachtermini ist zulässig. Der Schriftverkehr mit dem Auftraggeber ist in deutscher Sprache zu führen.

Das Angebot kann elektronisch eingereicht werden. In nationalen Vergabeverfahren ist die Einreichung der Angebote in Papierform zulässig.

Eine fehlerhafte Zustellung geht zu Lasten des Bieters.

Berichtigungen und Änderungen am Angebot sowie das Zurückziehen des Angebotes sind nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig. Es gelten dieselben Formvorgaben wie für die Einreichung des Angebotes. Bei Abgabe eines geänderten Angebotes ist klarzustellen, in welchem Umfang das vorherige Angebot gültig bleibt oder das vorherige Angebot zurück zu ziehen.

3.1.1 elektronische Einreichung des Angebotes

Das Angebot ist über das deutsche Vergabeportal (DTVP) vollelektronisch einzureichen. Bindend für das erforderliche Sicherheitsniveau bei elektronischer Übermittlung ist die Angabe in DTVP bzw. der Aufforderung zum jeweiligen Projekt. Im Allgemeinen genügt die Textform.

In besonderen Fällen kann ein erhöhtes Sicherheitsniveau für die Übermittlung des Angebotes in Form einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur oder einer qualifizierten elektronischen Signatur zu erfüllen sein.

3.1.2 Einreichung des Angebotes in Papierform

Das Angebot ist in Papierform, in einfacher Ausfertigung, einzureichen. Auf das Klammern, Heften oder Binden ist zu verzichten.

Das Angebot ist in einem fensterlosen, verschlossenen Umschlag einzureichen. Dieser Umschlag ist auf der Vorderseite mit nachfolgenden Hinweisen, deutlich erkennbar, zu versehen.

Angebot: Geschäftszeichen der Ausschreibung: Ablauf der Angebotsfrist:
--

Dieser so gekennzeichnete Umschlag ist in einem weiteren (äußeren) Umschlag dem Auftraggeber verschlossen innerhalb der Angebotsfrist einzureichen.

Das Angebot ist an folgende Adresse zu richten (Großkundenpostleitzahl):

Universität Leipzig
Dezernat Finanzen -Vergabestelle
04081 Leipzig

Alternativ dazu kann die **Einreichung über den Fristenbriefkasten** erfolgen.
Der Fristenbriefkasten befindet sich am Eingang des **Gebäudes Goethestraße 6, 04109 Leipzig**.

3.2 Fristen

Die Fristen sind in den Vergabeunterlagen geregelt.

3.3 Angebotsinhalt

Das Angebot muss vollständig sein; es muss die Preise und die in den Vergabeunterlagen geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Alle Eintragungen des Bieters müssen dokumentenecht und etwaige Änderungen an seinen Eintragungen zweifelsfrei sein.

Ist in den Vergabeunterlagen ausnahmsweise eine Bezeichnung für ein bestimmtes Fabrikat mit dem Zusatz „oder gleichwertiger Art“ verwendet worden, gilt das in den Vergabeunterlagen genannte Fabrikat als angeboten, wenn der Bieter keine Angaben macht.

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Soweit Erläuterungen zur besseren Beurteilung des Angebots erforderlich erscheinen, können sie dem Angebot auf gesonderter Anlage beigefügt werden. Entsprechende Erläuterungen dürfen jedoch die in den Vergabeunterlagen festgelegten Bedingungen nicht ändern.

Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.3.1 Preisangaben

Alle Preise sind in Euro mit höchstens zwei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben.

Der Bieter hat den Umsatzsteuerbetrag unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen, sofern das Rechtsgeschäft eine Umsatzsteuerberechnung gegenüber dem Auftraggeber auslösen wird. Unter die Ausnahme fallen insbesondere Rechtsgeschäfte mit Unternehmen deren Sitz sich nicht in Deutschland befindet (ausländische Umsatzsteuer-ID).

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Preisnachlässe (wie Skonto) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

3.3.2 Skonto

Sofern eine Skontofrist durch den Bieter eingeräumt wird, hat diese mindestens 14 Tage zu betragen. Das Einräumen von Skonti fließt, sofern nicht explizit in den Vergabeunterlagen angegeben, nicht in die Bewertung der Angebote ein.

3.3.3 Muster, Proben, Teststellungen

Muster und Proben müssen, als zum Angebot gehörig, gekennzeichnet sein.

Entwürfe und Ausarbeitungen sowie Muster und Proben, die bei der Prüfung der Angebote nicht verbraucht werden, gehen ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum des Auftraggebers über soweit in der Angebotsaufforderung nichts Gegenteiliges festgelegt ist. Die Kosten für die Rückgabe trägt der Bieter.

Teststellungen sind im Rahmen der Angebotsbewertung gemäß der Vergabeunterlagen kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

3.3.4 Allgemeine Geschäftsbedingungen

Es wird darauf hingewiesen, dass Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bieters grundsätzlich ausgeschlossen sind.

4 Nebenangebote / mehrere Hauptangebote

Nebenangebote sind Angebote, die zwar von den Vertragsunterlagen abweichen, aber geeignet sind, das mit der Vergabe verfolgte Ziel zu erreichen.

Nebenangebote müssen als solche deutlich gekennzeichnet und beschrieben werden. Eine gesonderte Anlage ist zu verwenden; der Angebotsvordruck darf nicht zur Abgabe des Nebenangebotes verwendet werden. Der Angebotsvordruck ist lediglich mit einem Bezugshinweis auf das Nebenangebot zu versehen und zum Zwecke der Anerkennung der Vergabebedingungen vom Bieter zu unterschreiben. Bei Einreichung von Nebenangeboten sind die in den Vergabeunterlagen enthaltenen Mindestbedingungen zu beachten.

Fehlt eine Angabe zur Zulässigkeit von Nebenangeboten in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen, sind keine Nebenangebote zugelassen.

Die Abgabe mehrerer Hauptangebote ist nicht zulässig, sofern dies nicht ausdrücklich in den Vergabeunterlagen zugelassen ist

5 Bietergemeinschaften

Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,

- in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfalle erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Die Bildung oder Änderung einer Bietergemeinschaft nach Ablauf der Angebotsfrist ist unzulässig und führt zum Ausschluss des Gemeinschaftsangebotes. Im Fall eines vorgeschalteten Teilnahmewettbewerbs ist die Bildung oder Änderung einer Bietergemeinschaft bereits nach Ablauf der Teilnahmefrist unzulässig.

6 Unterauftragnehmer

Unterauftragnehmer (Subunternehmer) sind rechtlich selbstständige Unternehmen, die Teile der ausgeschriebenen Leistung für die Hauptauftragnehmer erbringen. Unterauftragnehmer werden nicht Vertragspartner des Auftraggebers. Der Hauptauftragnehmer ist für die Vertragserfüllung gegenüber dem Auftraggeber allein verantwortlich.

Bei vollständiger oder teilweiser Übertragung der ausgeschriebenen Leistung auf Unterauftragnehmer sind diese zu benennen und Art und Umfang des zu übertragenden Leistungsteils darzustellen.

Mit der Unterzeichnung des Angebotsformulars erklärt der Bieter, dass ihm zum Zeitpunkt der Auftragserfüllung die erforderlichen Kapazitäten und Mittel der Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen werden und dass diese sich ihm gegenüber zur Leistungserbringung im Falle der Zuschlagserteilung verpflichten.

Der Bieter ist verpflichtet, seine Unterauftragnehmer vor oder bei Vertragsschluss davon zu unterrichten, dass die VO PR 30/53 auf den Unterauftrag Anwendung findet.

Die Bieter sind verpflichtet, bei der Weitergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer nach den allgemeinen Wettbewerbsgrundsätzen zu verfahren. Sie müssen den Verträgen mit dem Unterauftragnehmer die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) zugrunde legen.

Dem Unterauftragnehmer ist auf Verlangen der Auftraggeber zu benennen.

Dem Unterauftragnehmer dürfen keine ungünstigeren Bedingungen insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen gestellt werden, als zwischen Bieter und Auftraggeber vereinbart sind.

Im Übrigen wird auf § 12 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Universität Leipzig verwiesen.

7 Eignungsnachweise

Die in der Bekanntmachung zur Ausschreibung geforderten Nachweise zur Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit sind vom Bieter mit der Angebotsabgabe vorzulegen. Das Fehlen geforderter Nachweise kann zum Ausschluss des Angebotes führen.

Für den Nachweis genügen i.d.R. Eigenerklärungen des Bieters. Die abschließende Auflistung ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

8 Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

9 Mitteilungen und Bekanntmachungen über die Zuschlags-/Auftragserteilung

9.1 Nationale Vergabeverfahren

9.1.1 Information gemäß § 8 SächsVergabeG

Ergänzend zu den Regelungen gemäß § 19 VOL/A informiert der Auftraggeber gemäß § 8 des Sächsischen Vergabegesetzes ab einem Auftragswert von 50.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) bei Lieferungen und Leistungen und ab einem Auftragswert von 75.000 Euro ohne Umsatzsteuer bei Bauleistungen die Bieter.

Die Information beinhaltet den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll und den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots. Diese Information wird in Textform spätestens zehn Kalendertage vor dem Vertragsschluss abgegeben.

9.1.2 Information gemäß § 19 Abs. 1 VOL/A

Gemäß § 19 Abs. 1 VOL/A werden nicht berücksichtigten Bieter und Bewerbern innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines entsprechenden Antrages die Gründe für die Ablehnung ihres Angebotes, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie der Namen des erfolgreichen Bieters und den nicht berücksichtigten Bewerbern die Gründe für ihre Nichtberücksichtigung mit.

Unter den in § 19 Abs. 3 VOL/A genannten Voraussetzungen können Informationen zurückgehalten werden.

9.1.3 Information nach § 19 Abs. 2 VOL/A

Nach Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb und Freihändigen Vergaben ohne Teilnahmewettbewerb wird für die Dauer von drei Monaten über jeden vergebenen Auftrag ab einem Auftragswert von 25.000 EUR ohne Umsatzsteuer auf Internetportalen oder auf der Internetseite des Auftraggebers (§ 19 Abs. 2 VOL/A) informiert.

9.2 EU-weite Vergabeverfahren

9.2.1 Vorinformation über die Zuschlagserteilung (§ 134 GWB)

Die Vergabestelle informiert die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, unverzüglich in Textform über die Vergabepattform www.dtv.de über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihrer Angebote und über den frühestmöglichen Zeitpunkt des Vertragsschlusses. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die Bieter gegangen ist.

Ein Vertrag wird frühestens 15 Kalendertage nach Absendung der Information geschlossen. Diese Frist verkürzt sich gem. § 134 Abs. 2 GWB auf 10 Kalendertage, da die Information auf elektronischem Weg versendet wird. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch die Vergabestelle.

9.2.2 Nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote (§ 62 VgV)

Die Vergabestelle unterrichtet jeden Bewerber und jeden Bieter unverzüglich über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung oder die Zuschlagserteilung. Gleiches gilt für die Entscheidung, das Vergabeverfahren aufzuheben oder erneut einzuleiten einschließlich der Gründe dafür, sofern eine Auftragsbekanntmachung oder Vorinformation veröffentlicht wurde.

Die Vergabestelle teilt unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines entsprechenden Antrags den nicht berücksichtigten Bietern die Gründe für die Ablehnung ihres Angebots, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters mit.

9.2.3 Bekanntmachung über die vergebenen Aufträge (§ 39 VgV)

Die Vergabestelle macht über den vergebenen Auftrag Mitteilung innerhalb von 30 Tagen nach der Auftragsvergabe an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Unter den in § 39 Abs. 6 VgV genannten Voraussetzungen brauchen bestimmte Angaben nicht mitgeteilt werden.

10 Kosten der Angebotserstellung

Für das Bearbeiten und Einreichen eines Angebotes wird eine Entschädigung nur gewährt, sofern die individuelle Arbeitsleistung über die übliche Vorbereitung eines Angebotes hinausgeht und sie in der Aufforderung zur Angebotsabgabe ausdrücklich angegeben ist.

11 Hinweise zum Datenschutz

In den Angebotsunterlagen enthaltene personenbezogene Daten werden ausschließlich zum Zwecke des Vergabeverfahrens verwendet und verarbeitet.

Im Übrigen gilt § 19 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Universität Leipzig.

12 Nachprüfstelle

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen können sich Bieter, je Vergabeverfahren, an folgende Stelle wenden:

12.1 Nationale Vergabeverfahren

Aufsichtsbehörde der Vergabestelle

beim Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Archivstraße 5
01097 Dresden

12.2 EU-weite Vergabeverfahren

1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Leipzig
Braustraße 2
04107 Leipzig